

# Chapter 1

## World Trends 2010

Bernd Schips

***Summary.** From a statistical point of view, identifying a trend and estimating the future trend development belong to the most difficult tasks. Outside statistics, the term “trend” is used pretty carelessly. Present impressions are often extrapolated into the future. Within this article only such developments are supposed to be outlined from which can be expected that they will influence or affect the world economy in the next years. Such are particularly changes in relative prices of raw materials, food and industrial products, the shift in economic power relations and the effect of demographic change on some countries strongly affected by it. Some elements of these developments however can in combination with the worldwide reactions on the present financial crisis lead to going back to a more or less distinct protectionism.*

### 1.1 Was ist überhaupt ein „Trend“?

Für einen einigermaßen gut ausgebildeten Statistiker scheint eine Beantwortung dieser Frage zunächst recht einfach zu sein: Aus statistischer Sicht ist ein „Trend“ durch das „Zusammenwirken“ der „mittel- bis langfristigen Bewegungskomponenten“ einer Zeitreihe bestimmt. Dabei wird davon ausgegangen, dass eine beobachtete *Zeitreihe* sich aus einer Vielzahl von Bewegungskomponenten mit unterschiedlichen Frequenzen (Zyklen pro Zeiteinheit) zusammensetzt. Die Zeiteinheit – Jahr, Quartal, Monat, Woche, Tag usw. – widerspiegelt dabei die Periodizität der Beobachtungsdaten.

Die „effektive“ Ermittlung eines „Trends“ ist jedoch bis heute eines der schwierigsten und deshalb auch immer noch eines der meist diskutierten Probleme im Rahmen der statistischen Analyse von Zeitreihen. Wird der Begriff „Trend“ durch die Umschreibung mit „mittel- bis langfristige Bewegungskomponenten“ wirklich geklärt? Die Antwort ist ein klares „Nein“. Trotz eines immensen Forschungsaufwandes gibt es weder eine „exakte“ Definition für den „Trend“ in einer Zeitreihe

noch ein allgemein akzeptiertes Verfahren zur „Schätzung“ des Verlaufs eines „Trends“ (Metz 2002).

Die Statistiker haben zwar eine ganze Reihe von Verfahren entwickelt, um einen „Trend“ einer Zeitreihe aus den beobachteten Daten zu „isolieren“. Ex post erscheint diese Aufgabe auf einen ersten Blick auch noch relativ unproblematisch zu sein. Dazu muss „lediglich“ ein *Filter* konstruiert werden, mit dessen Hilfe aus einer beobachteten Zeitreihe die kurzfristigen Bewegungskomponenten so eliminiert werden können, dass der zeitliche Verlauf des gesuchten „Trends“ erkennbar wird. Als „kurzfristig“ gelten dabei in der Regel Bewegungskomponenten deren Zyklenlänge weniger als ein Jahr beträgt.

Recht gut geeignete Filter für diesen Zweck sind z. B. gleitende Durchschnitte mit einer möglichst grossen Länge. Gleitende Durchschnitte sind symmetrische Filter, die den grossen Vorteil haben, dass ein mit einem solchen Filter ermittelter „Trend“ gegenüber der beobachteten Zeitreihe keine Phasenverschiebung aufweist. Die so konstruierten Filter (Gleitende Durchschnitte mit der Länge  $x$ , wobei  $x$  für die Anzahl der zur Berechnung des gleitenden Durchschnitts verwendeten Beobachtungen steht) haben, wie auch alle anderen gebräuchlichen Methoden zur Bestimmung eines „Trends“, aber den Nachteil, dass an dem in den meisten Fällen besonders interessierenden aktuellen Rand  $T$  einer Zeitreihe diese Filter aufgrund der zwangsläufig fehlenden künftigen Beobachtungen  $T+1$ ,  $T+2$ , ...,  $T+x/2$  nicht mehr einsetzbar sind.

Am aktuellen Rand einer Zeitreihe müssen deshalb entweder nur auf bereits beobachteten Daten basierende asymmetrische, d. h. nur auf den Beobachtungsdaten zu den Zeitpunkten  $T$ ,  $T-1$ ,  $T-2$ , ... usw. basierende Filter verwendet werden, die eine u. U. beträchtliche Phasenverschiebung mit sich bringen, oder man muss davon ausgehen, dass dem die beobachtete Reihe analysierenden Statistiker der stochastische oder deterministische Prozess „bekannt“ ist, der die Daten erzeugt hat. Glaubt man den die Beobachtungsdaten erzeugenden Prozess effektiv zu kennen, dann kann mit dessen Hilfe die zu analysierende Zeitreihe über den aktuellen Rand hinaus so verlängert werden, dass wieder symmetrische Filter zur Bestimmung des Trendverlaufs zum Einsatz kommen können. Die Identifikation eines die beobachteten Zeitreihendaten erzeugenden Prozesses und die Schätzung der Parameter eines solchen Prozesses sind jedoch in der Regel nur bedingt zu lösende Probleme (Stier 2001).

Aus aktuellen Beobachtungsdaten auf den weiteren Verlauf eines „Trends“ in einer Zeitreihe zu schliessen ist daher auch für versierte Statistiker ein oft recht schwieriges Unterfangen. Realistisch betrachtet, gibt es dabei immer eine Reihe offener Fragen: Wird sich der mit den in der Vergangenheit beobachteten Daten geschätzte „Trend“ auch über den aktuellen Rand hinaus noch unverändert fortsetzen? Wird der vermutete „Trend“ sich abschwächen oder sogar noch verstärken? Derartige Fragen sind auch für geübte Statistiker in den meisten Fällen nicht einfach zu beantworten.

Nun wird aber der Begriff „Trend“ ausserhalb der Statistik auch für Phänomene verwendet, bei denen man davon ausgeht, dass sich diese zumindest noch einige Zeit in der gerade zu beobachtenden Form fortsetzen werden. Oft wird dann schon aufgrund aktueller Eindrücke, die sich zudem meist nur auf einige wenige Beobach-

tungen stützen, von einem „Trend“ gesprochen und die „registrierte“ Entwicklung einfach in die Zukunft extrapoliert. Manchmal stützt sich eine solche *Extrapolation* zwar auf zunächst recht plausibel erscheinende Argumente und/oder historische Erfahrungswerte, nicht selten bringen derartige Extrapolationen aber auch nur die spezifischen Interessen, Befürchtungen oder Wunschvorstellungen der jeweiligen Betrachter zum Ausdruck.

Eindrückliche Beispiele für solche Praktiken sind insbesondere die Extrapolationen temporärer Entwicklungen auf den Aktien-, Devisen-, Immobilien- oder Rohstoffmärkten. Häufig finden sich für die aufgrund aktueller Eindrücke postulierten „Trends“ ganz rasch und manchmal auch zunächst recht überzeugend klingende Erklärungsansätze, wie z. B. die „Story“ von der „New Economy“ Ende der 90iger-Jahre des letzten Jahrhunderts zur Begründung der damaligen Aktienkursentwicklungen.

Aber handelt es sich bei solchen und meist nur kurze Zeit zu beobachtenden Entwicklungen wirklich um „Trends“ im statistischen Sinne oder sind derartige Phänomene lediglich das Resultat von zeitweiligen Übertreibungen, wie sie für komplexe Märkte, auf denen sich die Akteure überwiegend mehr oder weniger parallel verhalten, typisch sind? Sind z. B. die insbesondere auf Rohstoffmärkten immer wieder zu beobachtenden massiven Preisschübe wirklich Ausdruck länger anhaltender Knappheiten oder nur das Resultat unterschiedlicher Reaktionsgeschwindigkeiten auf der Angebots- und der Nachfrageseite dieser Märkte?

Mit der schon aus statistischer Sicht gebotenen Vorsicht sollen daher im Folgenden nur solche Entwicklungen unter dem Begriff „Trend“ subsumiert werden, bei denen man mit einiger Sicherheit davon ausgehen darf, dass diese bis zum Jahr 2010 und noch darüber hinaus das weltwirtschaftliche Geschehen bestimmen werden.

## **1.2 Welche „Trends“ werden die weltwirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren bestimmen?**

### ***1.2.1 Anhaltende Veränderung der relativen Preise***

Es ist nahe liegend, dass vor allem überraschend auftretende und heftige Preisbewegungen aufgrund von nicht erwarteten Änderungen der Angebots- und/oder der Nachfrageverhältnisse auf den Märkten den davon direkt oder indirekt betroffenen Akteuren einiges „Kopfzerbrechen“ bereiten. Die Unsicherheiten über den weiteren Verlauf der Marktprozesse nehmen dann zwangsläufig zu und angesichts derartiger Konstellationen finden sich meist rasch auch Experten und Institutionen, die sofort zu wissen glauben, wie es in Zukunft auf den betreffenden Märkten weiter gehen wird.

Bei Rohstoffen, wie etwa dem Rohöl, wird dann z. B. gerne mit der Endlichkeit der Ressourcen, insbesondere in Bezug auf die vergleichsweise kostengünstig zu erschliessenden Lagerstätten, und/oder noch länger anhaltenden bzw. neu auftre-

tenden geopolitischen Risiken argumentiert, um aus den gerade aktuellen Preisen direkt auch auf die künftigen Preisentwicklungen schliessen zu können.

Bei derartigen Extrapolation, wie sie etwa im Kontext mit den in den letzten Jahren erfolgten Preisanstiegen auf den verschiedenen Märkten für Rohstoffe und Nahrungsmittel von verschiedener Seite angeboten wurden, gerät jedoch häufig in Vergessenheit, dass Preissignale stets auch Investitionen und Substitutionsprozesse auslösen, aber es einfach einige Zeit dauert, bis die getätigten Investitionen sich angebotsseitig bemerkbar machen können und die sich aufgrund der Preisentwicklung eröffnenden Substitutionsmöglichkeiten auf der Nachfrageseite spürbar werden. Die Vorstellung eines lange Zeit anhaltenden quasi unaufhörlichen Preisanstiegs für die Rohstoffe und Nahrungsmittel korrespondiert offensichtlich nicht mit der – zumindest nach Ansicht der Ökonomen – letzten Endes immer durch Angebot und Nachfrage bestimmten Entwicklung der Marktpreise.

Die mit den in den letzten Jahren zu beobachtenden Preisanstiegen für diese Güter einhergehende Veränderung der relativen Preise auf den Weltmärkten dürfte dagegen mit einiger Sicherheit nachhaltig sein. In der Vergangenheit war der Preisanstieg für Industrieprodukte in der Tendenz stets etwas stärker ausgeprägt als der Preisanstieg für Rohstoffe und Nahrungsmittel. Davon haben die traditionellen Industrieländer lange Zeit nicht unerheblich profitiert. Die „Terms of Trade“ dieser Länder haben sich dadurch in der Tendenz stetig verbessert. Seit einigen Jahren hat sich das Preisverhältnis zwischen den Industrieprodukten und den Rohstoffen, teilweise sogar auch zwischen Industrieprodukten und Nahrungsmitteln, jedoch sukzessive und entscheidend verändert.

Auf welche Ursachen gehen nun diese Veränderungen der relativen Preise zurück? Einerseits hat mit der verstärkten Integration der Länder der ehemaligen Sowjetunion sowie der so genannten „Schwellenländer“ in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und dem damit verbundenen Wohlstandszuwachs in diesen Weltregionen die globale Nachfrage nach Rohstoffen und Nahrungsmitteln mehr oder minder kontinuierlich zugenommen und es ist zu erwarten, dass dies auch noch in den nächsten Jahren der Fall sein wird. Andererseits führte die Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung zu Beginn der 90iger-Jahre zunächst einmal zu einem weltweit spürbaren „Angebotsschock“ auf den Arbeitsmärkten. In ganz kurzer Zeit erhöhte sich das globale Arbeitsangebot massiv und die Wettbewerbsfähigkeit gering qualifizierter Arbeitskräfte in den Industrieländern nahm dadurch deutlich ab.

Die Unternehmen waren von dieser Entwicklung mehrheitlich jedoch weit weniger betroffen als die Arbeitnehmer. Die sich bietenden Möglichkeiten eröffneten den sich global orientierenden Unternehmen vielmehr auch neue Chancen. Durch „Outsourcing“ und/oder „Offshoring“ konnte eine Senkung oder zumindest eine Abschwächung des Anstiegs der Arbeitskosten in der industriellen Produktion erreicht werden.

Auf den Gütermärkten intensivierte sich gleichzeitig der Wettbewerb vor allem durch den Markteintritt der neuen Anbieter aus den asiatischen Schwellenländern. Dadurch blieben die Preisanstiege bei den industriell hergestellten Gütern, insbesondere bei den Konsumgütern, überwiegend gering bzw. bei einigen dieser Produkte gingen die Preise sogar zurück. Eine – allerdings erst gut 10 Jahre später

einsetzende – Mehrnachfrage, aufgrund des vergleichsweise hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstums in den Industrieländern und vor allem des auch in den Schwellenländern wachsenden Wohlstandes, führte dann aber zu einem von vielen Akteuren so nicht erwarteten und teilweise recht massiven Preisanstieg bei den Rohstoffen und Nahrungsmitteln.

Eine unausweichliche Folge der hier skizzierten Entwicklungen ist jedoch, dass die gegenwärtig zu beobachtenden Veränderungen der relativen Preise noch längere Zeit Bestand haben werden, selbst wenn sich der Preisanstieg bei den Rohstoffen und Nahrungsmitteln aufgrund der zu erwartenden Angebotsausweitungen und Substitutionsprozesse nicht weiter fortsetzen sollte bzw. die Preise auf diesen Märkten temporär sogar wieder etwas zurückgehen sollten. In Bezug auf diese Veränderungen in der Entwicklung der relativen Preise kann daher von einem neuen „Trend“ gesprochen werden.

Die an sich durchaus erfreuliche Verbesserung der Lebensbedingungen in vielen – wenn auch nicht in allen – Weltregionen, hat zu einer gestiegenen und strukturell veränderten Nachfrage nach Nahrungsmitteln geführt. Lange Zeit konnte der Nahrungsmittelbedarf der wachsenden Weltbevölkerung durch Ausweitungen der traditionellen landwirtschaftlichen Produktionen gedeckt werden. Selbst in den asiatischen Ländern mit rasch und stark wachsenden Bevölkerungen hat dies mehrere Jahrzehnte lang sogar recht gut funktioniert. Immer mehr Menschen wohnen nun aber auch dort in städtischen Agglomerationen und haben zudem eine – im Vergleich mit früher – deutlich erhöhte Kaufkraft. Die verbesserten Lebensbedingungen haben zu einer Veränderung der Ernährungsgewohnheiten geführt. Es werden zunehmend mehr tierische Nahrungsmittel, wie z. B. Fleisch, Milchprodukte und Eier nachgefragt. Dadurch erhöht sich sowohl der Bedarf an Futtermitteln als auch an Bodenflächen. Da die Weltbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten zudem mit einiger Sicherheit noch weiter wachsen wird, dürfte die angespannte Situation auf den Märkten für Agrarprodukte weltweit noch längere Zeit anhalten.

Solche „Verschiebungen“ der relativen Preise hat es zwar für kurze Zeit immer wieder einmal gegeben, so z. B. nach den drastischen Preiserhöhungen für Rohöl durch die OPEC im Jahr 1973. Diese Änderungen in den Preisverhältnissen hatten aber nie lange Bestand, da sich sehr rasch wieder die ursprünglichen Marktverhältnisse einstellten. Die traditionellen Industrieländer müssen sich nun aber darauf einstellen, dass die eingetretenen Veränderungen der relativen Preise aus den genannten Gründen doch von einiger Dauer sein werden, zumindest so lange bis nicht nur qualifizierte, sondern auch weniger qualifizierte und heute noch zu vergleichsweise niedrigen Löhnen arbeitende Arbeitskräfte weltweit „knapp“ und die globalen Ernährungsprobleme einigermaßen gelöst sind.

### ***1.2.2 Verschiebung der wirtschaftlichen Potenziale und der wirtschaftlichen Machtverhältnisse***

Im Rahmen der so genannten „Globalisierung“ zeichnen sich einige gravierende Veränderungen ab, die man auch mit der Etikette „Trend“ versehen darf. Mit dem Begriff „Globalisierung“ sollte zwar schon immer zum Ausdruck gebracht werden, dass das so bezeichnete Phänomen nicht nur eine „blosse“ Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung beinhaltet, aber erst in letzter Zeit sind die verschiedenen Dimensionen der Auswirkungen dieser Entwicklung sichtbar geworden.

Der Abbau von Marktzutrittsbeschränkungen und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs haben zweifellos zu einer vermehrten internationalen Arbeitsteilung beigetragen. Die Anzahl der in den unterschiedlichsten Geschäftsfeldern und Tätigkeitsbereichen international operierenden Unternehmen ist in den letzten Jahren enorm angestiegen. Diese „Multinationals“ suchen heute weltweit nach noch zu erschliessenden Märkten und Marktnischen, nach attraktiven Kapitalangeboten sowie kostengünstigen Arbeitskräften und nutzen konsequent die sich aus der Internationalisierung ergebenden Skalen- und Sortimentsvorteile (Economies of scale and scope).

Der entscheidende Beitrag zur Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung ist aber von den im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken erzielten Fortschritten gekommen. Durch die enorm verbesserten Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten sind technisches Wissen, Marktdaten, Organisationskonzepte, Geschäftsideen usw. praktisch überall und jederzeit verfügbar. Der für Neuerungen und Veränderungen erforderliche Zeitbedarf und auch die räumlichen Distanzen haben als Schranken für den Austausch von Waren und Dienstleistungen sowie für die Kapitalströme erheblich an Bedeutung verloren. Die spezifischen Standortvorteile einer Region und die einmal erarbeiteten Wettbewerbspositionen der einzelnen Unternehmen sind dadurch heute einem permanenten „Erosionsprozess“ ausgesetzt. Die Unternehmen müssen zunehmend realisieren, dass die Globalisierung sie dazu zwingt, die tradierten Vorstellungen über die Kundenbeziehungen und Kundenwünsche, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, Kooperationsformen, Innovationserfordernisse usw. laufend zu hinterfragen.

Geographische Gegebenheiten sind aber immer noch nicht zu unterschätzende Bestimmungsfaktoren für die räumliche Zerlegung der Wertschöpfungsketten. Der zur Nutzung der Globalisierungsvorteile zu erbringende Logistikaufwand ist erheblich und nimmt ständig zu. Die Transportkosten steigen aufgrund der sich – trotz zunehmender Nachfrage nach Transportleistungen – nur zögerlich erweiternden Kapazitäten und den Preisanstiegen bei den Energieträgern mehr oder minder ständig weiter an. Neben den Produktionskosten und der Verfügbarkeit geeignet qualifizierter Arbeitskräfte erhält damit die Marktnähe und die Grösse des Absatzmarktes wieder eine stärkere Bedeutung für Investitionsentscheide.

Die so genannten Schwellenländer sind jedoch längst nicht mehr nur kostengünstige Produktionsstandorte und neue Absatzmärkte. Insbesondere für Länder wie China oder Indien ist die in den traditionellen Industrieländern vielfach noch dominierende Vorstellung einer „verlängerten Werkbank“ zur Produktion von

Waren oder Dienstleistungen nicht mehr aufrecht zu erhalten. Diese und auch einige andere Schwellenländer sind in manchen Bereichen nicht nur bereits zu ernsthaften Wettbewerbern für Importeure und ausländische Investoren geworden, sie beginnen auch zunehmend für sich selbst neue Märkte ausserhalb des eigenen Territoriums zu erschliessen und im Ausland Produktionsanlagen zu errichten.

Diese Aktivitäten zielen sowohl auf die Industrieländer als auch auf typische Entwicklungsländer. Insbesondere China gewinnt durch geschickte Handelsbeziehungen so unübersehbar an Wirtschaftsmacht. Das Vorgehen Chinas in Afrika zeigt zudem ganz deutlich, dass man sich bemüht aus den von den Industrieländern früher einmal in dieser Weltregion gemachten Fehlern zu lernen. Man ist sich durchaus der Gefahr bewusst, dass man dort zwar relativ einfach Marktanteile gewinnen, aber dabei auch „Freunde“ auf „Dauer“ verlieren kann. Der Zugang zu neuen Absatzmärkten ist sicherlich zwar eine der Zielsetzungen dieser Aktivitäten Chinas in Afrika, aber mit einer tatkräftigen „Hilfe“ beim notwendigen Ausbau der Infrastrukturen möchte man sich längerfristig vor allem einen Zugang zu den Rohstoffvorkommen dieser Länder erarbeiten (Beuret/Michel 2008).

Die Arbeitskosten in den asiatischen Schwellenländern nehmen langsam, aber mehr oder minder, stetig zu. Die Produktionsverlagerungen aus den Industrieländern verlieren dadurch an wirtschaftlicher Attraktivität. Unerfüllte Qualitätsansprüche und Logistikprobleme tragen dazu ebenfalls bei. Die „blosse“ Verlagerung von Produktionsstätten aufgrund der Verfügbarkeit von mit niedrigen Löhnen zufrieden zu stellenden Arbeitskräften, die in vielen Kommentaren häufig als der wesentliche Teil der Globalisierung angesehen wird, dürfte daher schon in naher Zukunft erheblich an Bedeutung für die traditionellen Industrieländer verlieren. Die Schwellenländer bleiben aber auf Jahre hinaus noch höchst interessante und viel versprechende Absatzmärkte. Asien ist, trotz der nicht übersehbaren Fortschritte in Lateinamerika, gegenwärtig immer noch die Weltregion mit dem grössten Wachstumspotenzial. Eine effiziente Bearbeitung der betreffenden Märkte setzt jedoch auch Produktion und Forschung vor Ort voraus. Die Ausrichtung dieser Produktionsanlagen und Forschungseinrichtungen erfolgt dann jedoch überwiegend mit Blick auf die spezifischen Bedürfnisse der lokalen Märkte.

Die asiatischen und auch die anderen Schwellenländer sowie die mit grossen Rohstoffvorkommen gesegneten Länder erwarten aber auch ein Gegenrecht. Den Direktinvestitionen der Rohstoff- und Schwellenländer in den traditionellen Industrieländern sollte deshalb künftig weniger Misstrauen entgegengebracht und nicht länger mit fadenscheinigen Argumenten verhindert werden. Geopolitisch betrachtet hat sich die Verteilung der Ressourcen nun einmal entscheidend verändert. Die so genannten „Sovereign-Wealth-Funds (Staatsfonds)“, die vor allem im arabischen und asiatischen Raum angesiedelt sind, verfügen heute über beträchtliche Vermögen. Die Vermögen der Staatsfonds resultieren aus den – primär mit Rücksicht auf die als notwendig erachtete Erhaltung von wettbewerbsfähigen Wechselkursen – nicht repatriierten Ertragsbilanzüberschüssen dieser Länder. Die dadurch akkumulierten Mittel wurden bislang überwiegend für Finanzinvestitionen in Industrieländern mit grossen Ertragsbilanzdefiziten, wie z.B. den USA, verwendet. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Bereitschaft zu solchen Finanzinvestitionen – nicht zuletzt aufgrund der in der jüngsten Krise auf den Finanzmärkten gemachten Erfah-

rungen – abnehmen wird und die Mittel künftig vermehrt für Investitionen im Dienstleistungs- oder Industriesektor in den europäischen und nordamerikanischen Industrieländern eingesetzt werden. Ein zusätzlicher Aspekt der zu erwartenden Veränderungen im Anlageverhalten der Staatsfonds wird die zunehmende Bedeutung des Euro als Anlagen- und Reservewährung sein. Der US-Dollar ist bereits heute nicht mehr die alleinige „Global currency“. Sukzessive werden die Staatsfonds auch volumenmässig zu den anderen bedeutenden, mehrheitlich allerdings nur als passive Investoren agierenden Kapitalsammelstellen – wie z. B. Pensionskassen und Lebensversicherungen – aufschliessen.

Der zunehmende Anteil der Rohstoffexporteure und auch der netto Rohstoffe importierenden Schwellenländer, wie z. B. Indien oder China, an den „Global Players (Weltkonzerne)“ ist jedoch bereits jetzt nicht mehr zu übersehen. Der Einfluss der Rohstoff- und Schwellenländer in den internationalen Organisationen, wie z. B. in der Welthandelsorganisation (WTO), wird daher ebenfalls weiter zunehmen. Die dort artikulierten Interessen der Industrieländer werden von diesen Ländern zunehmend hinterfragt. Ein erstes und durchaus ernst zunehmendes Anzeichen dafür ist z. B. die steigende Zahl bilateraler Freihandelsabkommen an Stelle der an aus globaler Perspektive zweifellos vorteilhafteren multilateralen Regelungen im Rahmen der WTO.

Die Gefahr eines erneuten Rückfalls in einen verbreiteten Protektionismus ist jedoch, gerade wegen dieser in den nächsten Jahren noch stärker spürbar werdenden Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse, nicht von der Hand zu weisen. Es besteht durchaus die Gefahr, dass mit Einschränkungen des freien Handels versucht werden wird – trotz der in der Vergangenheit damit gemachten schlechten Erfahrungen – drohenden Wohlstandsverlusten zu entgehen.

### **1.3 Spürbare Auswirkungen des demographischen Wandels in einigen Regionen der Welt: Droht ein Rückfall in ein protektionistisches Zeitalter?**

Die Alterung der Erwerbsbevölkerung ist in nicht wenigen der traditionellen Industrieländer sowie auch in einzelnen Schwellenländern – auch unter Berücksichtigung möglicher Zuwanderungen – nahezu unausweichlich. Der daraus früher oder später resultierende Arbeitskräftemangel wird daher zu einer Veränderung des Lohn-Zins-Verhältnisses führen. Trotz der relativen Verteuerung des Produktionsfaktors „Arbeit“ kommt es jedoch möglicherweise nicht zu einer stärkeren Kapitalintensivierung der Produktion, da die Alterung der Wohnbevölkerung auch mit Änderungen in der Nachfragestruktur einhergehen wird. Eine alternde Gesellschaft wird mehr arbeitintensiv produzierte Dienstleistungen nachfragen, bei deren Produktion in aller Regel die Produktivitätsfortschritte vergleichsweise gering sind. Da nicht nur das künftig noch zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotenzial zurückgehen wird, sondern auch die Produktivitätsfortschritte tendenziell geringer ausfallen könnten, ist auch mit einem geringeren gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu rechnen. Der dann noch zur Verteilung zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbs-

tätigen zur Verfügung stehende „Kuchen“ wird dadurch kleiner werden. Nur ein weitgehender Verzicht auf Frühpensionierungen usw. und erhebliche Anstrengungen zur Erhaltung der Innovationsfähigkeit durch Förderung und Nicht-Behinderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts können die unausweichlichen Folgen des demographischen Wandels für das Wirtschaftswachstum in den damit konfrontierten Ländern abschwächen.

Der demographische Wandel wird mit einer abnehmenden Innovationsfähigkeit und -bereitschaft einhergehen. Ältere Menschen sind in der Regel risikoscheuer als jüngere. Die für den Innovationsprozess und damit auch die für die Produktivitätsfortschritte nicht unwesentliche Gründungsdynamik dürfte dadurch beeinträchtigt werden. Da die berufliche Qualifikation nicht nur Unternehmensgründungen fördert, sondern auch in einem hohen Masse die möglichen Produktivitätsfortschritte bestimmt, erhält die Erstausbildung und die berufliche Weiterbildung noch mehr Gewicht für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung als schon bisher.

Einige der Schwellenländer versuchen gerade im Bildungssektor Boden gegenüber den traditionellen Industrieländern gut zu machen. Der Wettbewerb zur Gewinnung qualifizierter Arbeitskräfte wird sich intensivieren und nicht allen Wohlstandsgesellschaften ist dies auch bewusst.

Alternde Gesellschaften zeichnen sich u. a. dadurch aus, dass in diesen Ländern Rentnerhaushalte erhebliche Vermögen an Rentnerhaushalte vererben. Ererbte und nicht selbst erarbeitete Vermögen und hohe Einkommen aus Vermögen können jedoch auch die Grundeinstellung zu gesamtgesellschaftlichen Problemen, sozialen Fragen und zu langfristig orientierten Investitionen zur Erhaltung der Wachstumsdynamik entscheidend verändern. Es droht u. U. sogar eine gewisse „Re-Feudalisierung“, denn frei verfügbare Vermögen bedeuten immer auch Macht und Einfluss, selbst wenn die Vermögen in „scheinbar“ wohltätige Stiftungen eingebracht werden. Der von den Stiftern definierte Stiftungszweck entscheidet dann darüber, welche sozioökonomische Gruppen, welche Regionen, welche Forschungsrichtungen usw. unterstützt werden. Nur wenige der vermögenden Personen nehmen die daraus möglicherweise resultierenden Konfliktpotenziale auch wirklich wahr.

Bis in die Siebzigerjahre hinein wurde die aus den Marktprozessen resultierende Ungleichheit in den Einkommen aus Arbeit und/oder Vermögen durch progressive Steuern und durch den sukzessiven Ausbau sozialer Sicherungssysteme reduziert. Danach erfolgte in den meisten der Industrieländer eine Verminderung der Progression in der Steuerbelastung und in Bezug auf die Sozialwerke wurde eine zunehmend kritischere Haltung eingenommen.

Die Deregulierung möglichst vieler Bereiche, mit dem Ziel einer Forcierung der Marktkräfte, entsprach viele Jahre lang dem ökonomischen und politischen „Mainstream“. Die Folge dieser Entwicklung war vielen Volkswirtschaften eine Zunahme der Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Dabei wurde jedoch – bewusst oder unbewusst – übersehen, dass die Marktprozesse unter idealen Bedingungen zwar für eine effiziente Allokation knapper Ressourcen sorgen, die Ergebnisse der Marktprozesse aber von den damit konfrontierten Menschen nicht immer auch als „gerecht“ empfunden werden.

Märkte eignen sich nun einmal nicht für langfristig orientierte und mit einem hohen Risiko behaftete Investitionen, bei Informationsdefiziten einzelner Marktteil-

nehmer und einem abhängigen Verhalten einer Mehrheit der Marktteilnehmer. Ganz deutlich wurden die Folgen eines Marktversagen in der jüngsten Finanzmarktkrise, auch wenn staatliche Eingriffe in den Hypothekarkreditmarkt in den USA mit als eine der wesentlichen Ursachen für diese Krise angesehen werden müssen.

Durch den Community Reinvestment Act (CRA) aus dem Jahre 1977 wurden Banken in den USA gezwungen, in einem bestimmten Umfang Kredite an wenig solvente Kreditnehmer, so genannte „Minority loans“ zu vergeben, um auch diesem Teil der Bevölkerung eine Chance auf den Erwerb von Wohnraum zu ermöglichen. Dieses Gesetz war eine Reaktion des Gesetzgebers auf das Verhalten der Kreditinstitute, die in den Jahren zuvor die Bewohner ganzer Wohngebiete (durch das so genannte „Redlining“) von der Möglichkeit einer Kreditaufnahme ausgeschlossen hatten. Durch 1995 erfolgte Modifikation der CRA-Bestimmungen wurde den halbstaatlichen Instituten – Fannie Mae und Freddie Mac – eine erhebliche Ausweitung der Kreditvergabe an Geringverdiener ermöglicht. Freddie Mac wurde zudem beauftragt von Geschäftsbanken vergebene Darlehen aufzukaufen, zu strukturieren und als Asset- oder Mortgage-Backed-Securities an institutionelle Anleger zu veräußern oder für solche Transaktionen zu bürgen. 1997 kam dann die erste CRA-Anleihe auf den Markt die zwar auf „Minority loans“ basierten, aber durch Freddie Mac als eine „Government Sponsored Enterprise (GSE)“ garantiert wurden und so ein AAA-Rating erhielten.

Der Rest ist bekannt: Eine lange Zeit zu lockere Geldpolitik – da der am Konsumentenpreisindex (CPI) gemessene Preisanstieg aufgrund der Importe aus den mit niedrigen Arbeitskosten produzierenden Schwellenländer gering war und der Preisanstieg bei den Vermögenswerten (Asset inflation), insbesondere bei den Immobilien nicht beachtet wurde – und die dadurch ermöglichte grosszügige Kreditvergabe der Finanzinstitute trugen ihren Teil zum Entstehen der Übertreibungen auf den Immobilienmärkten in den USA, GB sowie in einigen anderen Ländern bei. Hinzu kam, dass durch die Möglichkeit einer Verbriefung von Hypothekarkrediten die Finanzinstitute flexibler als früher auf die Geldpolitik reagieren konnten. Die „Renditegier“ der Investoren, eine Transparenz in Bezug auf die effektiv eingegangenen Risiken, das blinde Vertrauen auf die Rating-Agenturen und/oder bankinterne Risikomodelle usw. sind sicherlich ebenfalls als Ursachen für die – nach starken Teuerungsschüben aufgrund steigender Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise notwendig gewordene Straffung der Geldpolitik in den USA – ausgebrochene Finanzmarktkrise zu nennen. Die in dieser Krise gemachten Erfahrungen werden sicherlich in den nächsten ein oder zwei Jahren das Verhalten der Kreditgeber bestimmen, ob sich daraus aber auch nachhaltige Änderungen im Entscheidungsverhalten der Finanzmarktakteure ergeben ist eine offene Frage. Aus wirtschaftshistorischer Sicht ist ein anhaltender Effekt eher zu bezweifeln.

Auf diese Finanzmarktkrise, die nicht mehr nur einzelne Finanzinstitute betrifft, sondern das globale Finanzsystem erreicht hat, wird jedoch nun verständlicherweise in praktisch allen Ländern mit der Forderung nach einer noch stärkeren Regulierung reagiert. Sicherlich ist das Systemrisiko in den einschlägigen Regulierungen des Finanzsektors – z.B. im Rahmen von Basel II – nicht ausreichend berücksichtigt. Es ist jedoch gegenwärtig nicht auszuschliessen, dass nicht nur offensichtlich bestehende „Regulierungsdefizite“ aufgearbeitet werden, sondern

auch ganz generell wieder mehr zu regulieren versucht wird und die in den letzten Jahren erfolgreichen Schritte zur Öffnung der globalen Güter- und Kapitalmärkte wieder – zumindest teilweise – rückgängig gemacht werden. Schon einmal hat eine Finanzmarktkrise letzten Endes zu einem weit verbreiteten Rückfall in den Protektionismus geführt und die Wohlstandsgewinne durch einen freien Welthandels zum Erliegen gebracht.

Auch die Interessen der Gewinner und Verlierer der Globalisierung sollten daher künftig sorgfältiger gegeneinander abgewogen werden. Die Globalisierung hat sich bisher weltweit vor allem zugunsten höherer Einkommen ausgewirkt. Die deutlich gestiegenen Nahrungsmittelpreise haben in einigen Teilen der Welt zu einer neuerlichen Ernährungskrise geführt und nicht nur die Menschen in den Wohlstandsoasen unangenehm überrascht. Die Schere zwischen „armen“ und „reichen“ Volkswirtschaften hat sich ausgeweitet. Weltweit leiden gegenwärtig mehr als 800 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung und davon mehr als 90% in den so genannten Entwicklungsländern. (Märki 2008). In einigen dieser Länder haben Hunger und Unterernährung weiter Bevölkerungskreise sogar schon zu sozialen Unruhen geführt. Gerade weil die demographische Entwicklung in den einzelnen Ländern völlig unterschiedlich verläuft, sollten derartige Fragen nicht nur aus Sicht diesbezüglich bevorzugter Gesellschaften behandelt werden. Wohin die Reise diesbezüglich gehen wird ist offen. Sicherlich ist nur, dass die Ernährungsprobleme die Welt noch einige Zeit beschäftigen werden.

## Literatur

- Beuret, M., Michel, S. (2008), *La Chinafrique: Pékin à la conquête du continent noir*, Paris 2008  
Märki, M.(2008), *Die Hungerkrise – ein Dauerzustand?*, ETH Globe, Vol. 3, 2008, S. 8–16  
Metz, R.(2002), *Trend, Zyklus und Zufall*, Wiesbaden 2002  
Stier, W. (2001), *Methoden der Zeitreihenanalyse*, Berlin, Heidelberg, New York 2001

Weltwirtschaft 2010

Trends und Strategien

Berndt, R. (Hrsg.)

2009, XV, 308 S., Hardcover

ISBN: 978-3-642-02082-7